14. Wahlperiode 22. 08. 2002

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Haushaltsführung 2002 Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im zweiten Vierteljahr des Haushaltsjahres 2002

Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 21. August 2002 – II A 2 – H 1221 – 12/02

Gemäß § 37 Abs. 4 BHO übersende ich die Zusammenstellung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben sowie der über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen im zweiten Vierteljahr des Haushaltsjahres 2002.

Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im 2. Vierteljahr des Haushaltsjahres 2002

1. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Einzel- plan/ Kapitel/ Titel	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe	Ansatz laut Haushalts- plan 2002 T€	bewilligte über-/außer- planmäßige Ausgabe T€
1	2	3	4
05	Auswärtiges Amt		
05 02 525 11	Allgemeine Bewilligungen Aus- und Fortbildung	90	70
020 11	Fortbildungsmaßnahmen zum Auswahlverfahren der EU-Kommission und des Internationalen Strafgerichtshofes.	-	, ,
687 34	Beiträge an Organisationen und Einrichtungen im internationalen Bereich	132.879	812
	Deutscher Beitrag zur ersten Versammlung der Vertragsstaaten des Ständigen In- ternationalen Strafgerichtshofs.		
831 01 apl	Stammkapital für die Gründung einer gemeinnützigen GmbH (Berliner Zentrum für internationale Friedens einsätze - ZIF)	-	30
	Stammkapital und Gründungskosten für die Gründung des Berliner Zentrums für in- ternationale Friedenseinsätze (ZIF) als gemeinnützige GmbH.		
07	Bundesministerium der Justiz		
07 01 711 01	Bundesministerium Kleine Neu-, Urn- und Erweiterungsbauten	19	80
, , , ,	Um- und Ausbaumaßnahmen einschließlich Fenstersanierung in der Dienststelle Berlin des BMJ.		
07 02 712 21	Allgemeine Bewilligungen Baumaßnahmen von mehr als 1 000 000 € im Einzelfall	0	272
	Nachforderungen bauausführender Firmen für den Neubau eines Dienstgebäudes des Internationalen Seegerichtshofes in Hamburg. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung.		
07 04 681 02 apl	Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof Entschädigungsfonds für Opfer terroristischer Gewalt	-	10.000
	Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten. Die außerplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 14. Mai 2002 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.		
08	Bundesministerium der Finanzen		
08 02	Allgemeine Bewilligungen	9.558	9.547
541 31	Zahlungen für Leistungen der FISCUS GmbH	9.556	9.547
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie		
09 03 532 06	Physikalisch-Technische Bundesanstalt Kosten für die Stilllegung, Demontage und Entsorgung des Forschungs- und Mess- reaktors (FMRB) der PTB	1.102	2.500
	Erhöhte Kosten beim Abbau von Anlageteilen des Forschungs- und Messreaktors (FMRB) der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, bei der Entsorgung vorhandener Betriebsabfälle und bei Gutachtertätigkeiten.		
10	Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft		
10 02 683 06	Allgemeine Bewilligungen Zuweisungen nach dem Gesetz über die Verwendung von Gasöl durch Betriebe der Landwirtschaft	0	3
	Nachbewilligungen wegen rechtskräftiger Widerspruchsbescheide. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf § 10 Landwirtschafts-Gasölverwendungsgesetz.		

Einzel- plan/ Kapitel/ Titel	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe	Ansatz laut Haushalts- plan 2002 T€	bewilligte über-/außer- planmäßige Ausgabe T€
<u> </u>	2	3	4
11 11 03 685 01	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung Beiträge an Verbände, Vereine und Gesellschaften im Inland Leistungen en den Bundesverband der Unfallversicherungsträger. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung.	632	31
11 07 711 31	Bundesversicherungsamt Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	5	30
	Schaffen von zusätzlichen Büroräumen aufgrund zusätzlicher Planstellen für die neue Aufgabe "Prüfung im Rahmen des Risikostrukturausgleiches bei den gesetzlichen Krankenkassen".		
11 12	Leistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch und gleichartige Leistungen		4 000
526 04 apl	Kommission "Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt"	-	1.000
40	·		
12 12 12 712 02	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen Kraftfahrt-Bundesamt Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten -Sanierung des Hauptgebäudes	327	918
712 02	Instandsetzung bzw. Austausch der nicht den Anforderungen entsprechenden technischen Infrastruktur (Brandschutz, Heizung, Sanitär) im Gebäude B des Kraftfahrt-Bundesamtes.	327	910
12 26 526 44	Hochbau- und Förderungsmaßnahmen in Berlin und Bonn Planungskosten für Baumaßnahmen im Partamentsviertel	12.983	12.800
	Unterbrechungsfreie Fortführung der Baumaßnahmen des Deutschen Bundestages im Parlamentsviertel in Berlin. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung.		
734 01	Ehemaliger Palast der Republik	17.900	5.113
	Unterbrechungsfreie Fortführung der Asbestsanierung im ehemaligen Palast der Republik. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung.		
15	Bundesministerium für Gesundheit		
15 02 687 86	Allgemeine Bewilligungen Beiträge an internationale Organisationen	46.021	2.222
007 00	Beitragserhöhung infolge Wechselkursänderung. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung.	40.021	2.222
15 04 711 01	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	51	30
	Baukostensteigerung und höhere Ausschreibungsergebnisse.		
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsi- cherheit		
16 02 687 11	Allgemeine Bewilligungen, Umweltschutz, Naturschutz Beiträge an internationale Organisationen	3.018	123
	Wechselkursänderungen und nicht vorhersehbare verzögerte Schlussabrechnung für die Unterbringung des Environmental Law Center in Bonn.		
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung		
23 02 518 61	Aligemeine Bewilligungen Mieten und Pachten	1.544	120
	Anmietung von zusätzlichen Büroraum für die Unterbringung weiterer UN-Organisationen in Bonn. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung ergibt sich aus dem Sitzstaatsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinten Nationen vom 12. Juni 1996.		
545 01 apl	Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen	-	350

32.698

1.000

Einzel- plan/ Kapitel/ Titel	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe	Ansatz laut Haushalts- plan 2002 T€	bewilligte über-/außer- planmäßige Ausgabe T€
1	2	3	4

60 Allgemeine Finanzverwaltung

60 06 Europäische Union (EU), Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und Europäische Banken

836 02 Beteiligung am Grundkapital der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Ent-

> Höherer Euro-Zahlbetrag infolge Wechselkursänderung. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung (Resolution Nr.59 vom 15.April 1996 des Gouverneursrats der EBWE).

2. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen

Einzel- plan/ Kapitel/ Titel	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung	Ansatz laut Haushalts- plan 2002 T€	bewilligte über-/außer- planmäßige Verpflichtungs- ermächtigungen T€
1 1	2	3	1 4 1

06 Bun	desministerium	des Inneren
--------	----------------	-------------

06 10 Bundeskriminalamt

518 01 üpl Mieten und Pachten 2.394 2.592

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig: im Haushaltsjahr 2004 bis zu:

432 T€ im Haushaltsjahr 2005 bis zu: 432 T€ im Haushaltsjahr 2006 bis zu: 432 T€ im Haushaltsjahr 2007 bis zu: im Haushaltsjahr 2008 bis zu: 432 T€ 432 T€ im Haushaltsjahr 2009 bis zu: 432 T€

Abschluss eines längerfristigen Mietvertrages (7 Jahre) für die Liegenschaft Acorum des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden wegen fortdauernden Raumbedarfs.

12 Bundesministerium für Verkehr

12 02 Allgemeine Bewilligungen

532 51 apl Ausgaben für den Einzug der streckenbezogenen Straßenbenutzungsgebühren für

7.730.000 LKW durch Private

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:

von 2003 bis 2014 :

künftige Haushatsjahre : 7.730.000 T€

Absicherung der vertraglichen Vergütung des Systembetreibers für die Erhebung der streckenbezogenen LKW-Maut. Die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 05. Juli 2002 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.